

Keine Finanzierung antisemitischer Veranstaltungen und Kollaborationen

Statement zur Veranstaltung „Kurzfilmperspektiven auf den Nahostkonflikt“ aus der Reihe „Stimmen aus Nahost. Künstlerische Positionen und kulturelle Perspektiven“ der Universität der Künste Berlin in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Berlin und Studium Generale.

Einführung

Dieses Semester veranstalteten die Studierenden des Faches „MedienKulturJournalismus“ an der Universität der Künste Berlin in Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Berlin und Studium Generale die dreiteilige Veranstaltungsreihe „Stimmen aus Nahost“ (<https://praxis-udk.de/2020/06/24/stimmen-aus-nahost/>). Im Vorfeld der Veranstaltungen haben einige Privatpersonen, wie auch zivilgesellschaftliche Organisationen, ihre Kritik an der Durchführung der Veranstaltung und vor allem an der Wahl der Referent:innen formuliert:

- Offener Brief jüdischer Studentin (Anlage 1)
- Jüdische Studierendenunion Deutschland, Offener Brief: „Keine kulturelle Kollaboration mit Antisemit*innen“ <https://www.jsud.de/beitrag/keine-kulturelle-kolloboration-mit-antisemit-innen>
- WerteInitiative - jüdisch-deutsche Positionen: „Problematische Veranstaltungsreihe an der Berliner Universität der Künste“ <https://werteinitiative.de/udk1/>

Bis heute gab es von Seiten der Leitung der UdK keine Äußerungen zu diesen Bedenken und Stellungnahmen.

Für die Landeszentrale für politische Bildung äußerte sich der Leiter, Herr Thomas Gill, in einer Antwortmail, die auch hier veröffentlicht wurde:

Antwort von Thomas Gill vom 27.07.2020: <https://werteinitiative.de/udk1/>

Überraschenderweise beantwortete Herr Gill alle Anfragen wortgleich, wobei er nicht bereit war jüdische und kritische Positionen anzunehmen und damit zu arbeiten. Wir wurden lediglich eingeladen, bei der nächsten Veranstaltung teilzunehmen, „um einige unserer Bedenken entkräften zu können.“ Dieser Einladung gingen wir vorgestern, am 07.08.2020, nach und nahmen an der Kurzfilmveranstaltung im Filmrauschpalast Moabit teil. Unsere Bedenken wurden nicht entkräftet, wie es sich Herr Gill gewünscht hat, sondern wurden auf eine kaum vorstellbare, erschütternde Art bekräftigt.

Wir haben uns vorab über die gezeigten Filme informiert und mussten erkennen, dass sich die bei der ersten Veranstaltung gegebene Ausrichtung wiederholte. Die antizionistische Grundideologie der Initiator:innen blieb gleich, lediglich das Medium wechselte von Vortrag zu Film. Es fanden kein

Dialog, Perspektivwechsel oder eine ausgewogene Darstellung verschiedener Positionen statt. Die gezeigten Filme waren eine Mischung antizionistischer, von Täter-Opfer-Umkehr getriebener bis hin zu offen antisemitischer-verschwörungsideologischer Vorstellungen – für diese Kategorisierung bedienen wir uns der „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ (IHRA) und der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) .

Wir möchten noch einmal betonen, dass diese Veranstaltung nicht durch die Wahl der einzelnen Filme problematisch wurde, sondern sich aus der Gesamtheit dieser und dem Umgang damit ergab. Von universitären und staatlich geförderten Einrichtungen erwarten wir eine klare Positionen und einen verantwortungsvollen Umgang in Bezug zu dem von ihnen geteilten Material und dem Publikum, welches es erreicht und keine unkritische Verbreitung von antisemitischen Klischees.

Programm & Film

Dadurch, dass auch bei dieser Veranstaltung kein neutrales und objektives Vorgehen die Arbeitsprämisse der Veranstaltenden war, haben wir uns entschieden, nicht auf jeden Film einzeln einzugehen. Wir möchten vor allem auf den 3. Film Bezug nehmen: „White City“, dessen Regisseur Dani Gal ebenfalls von den Veranstaltenden eingeladen wurde. Im Anschluss des Filmes führten die Studierenden des MedienKulturJournalismus ein Interview mit D. Gal.

Der Film schildert das Aufeinandertreffen und den Austausch des Rassenideologen Hans F. K. Günther, auch „Rassengünther“ oder „Rassepapst“ genannt, und des zionistischen Juden Arthur Ruppin. Die Prämisse des Films ist „Berührungspunkte im Denken von Zionisten und Nationalsozialisten nachvollziehbar zu machen.“ Mit der genannten Thematik der Veranstaltenden, den Israel-Palästina-Konflikt zu „beleuchten“, hat dieser Film entsprechend sehr wenig zu tun, geht es doch hauptsächlich um entmenschlichende, dämonisierende jüdische Stereotype (IHR), die als genauso gefährlich wie die Mörder des Nationalsozialismus stilisiert werden. Im Mittelpunkt des Films steht eine Kollaboration von Jüd:innen und Nationalsozialist:innen, sowie eine Wesensgleichheit von Nationalsozialismus und Zionismus, was durch Aussagen der Protagonisten unterstrichen wird. Eine solche Filmvorführung, die ohne kritische wissenschaftliche Begleitung durchgeführt wird, redet deutscher Erinnerungsabwehr in Form einer perfiden Täter-Opfer-Umkehr den Mund.

So äußert der im Film dargestellte Jude Arthur Ruppin beispielsweise gegenüber dem Urheber der NS-Rassenideologie: „Unsere Methoden sind nicht weit voneinander entfernt“. Arbeitsdefinition von Antisemitismus: Vergleiche der israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten (IHR). Auch sind sich beide im Film einig, dass die Vermischung der Rassen als das Problem gilt. Hier werden Rassentheorien der Nationalsozialisten mit der „rassistischen“ Ideologie Ruppins gleichgesetzt

und die Entstehung Israels als rassistisches Unterfangen dämonisiert. Hierzu noch einmal die Arbeitsdefinition von Antisemitismus: Aberkennen des Rechts des jüdischen Volkes auf Selbstbestimmung, z.B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen. (IHR)

Die Präsentation des jüdischen Protagonisten und seiner Auseinandersetzung mit der – wie er es im Film nicht ohne offensichtlichen Bezug zu der von seinem nationalsozialistischen Gegenüber in den Raum gestellten Judenfrage – äußert, „Araberfrage“[sic!] bedient sich des antisemitischen Ressentiments und dem Vorwurf gegenüber den Jüd:innen als Volk bzw. dem Staat Israel, den Holocaust freudig herbeigesehnt zu haben, um einen zionistischen Staat gründen zu können – was gleichzeitig das Ausmaß, das Leid und die Mechanismen (z.B. der Gaskammern) und die Vorsätzlichkeit des Völkermordes an den Jüd:innen durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer:innen und Komplizen während des Zweiten Weltkrieges (Holocaust) (IHR) bestreitet und bagatellisiert.

Im letzten Bildabschnitt von D.Gals Film werden arabische Personen von einem Lastwagen, der von einem aufgrund seiner Kleidung und Darstellung als nicht arabisch identifizierbaren Mann gefahren wird, abtransportiert. Der Jude Arthur Ruppin wird als fröhlich schlendernder Spaziergänger hinter dem Transporter dargestellt. Das von D. Gal genutzte stilistische Bildmittel zieht hier eindeutig Parallelen zur Deportation der Jüd:innen, nur sind es in dem von ihm vermittelten Bildmaterial Araber:innen, die von Juden deportiert werden. Damit unterstellt D.Gal Jüd:innen und dem Staat Israel, dieselben Menschenrechtsverbrechen an dem arabischen Volk zu begehen, wie sie die dem jüdischen Volk angetan wurden. Er betreibt damit unzulässige NS-Vergleiche und instrumentalisiert den Holocaust.

Reaktion und Kommunikation der Veranstaltenden

Nach der Präsentation der ersten drei Filme wurde dem eingeladenen Referenten D. Gal die Möglichkeit gegeben, über seinen Film zu sprechen, Fragen der Initiator:innen und des Publikums zu beantworten. Die Interviewenden stellten keine kritischen Fragen oder versuchten das Gesehene kritisch einzuordnen; es wurde lediglich nach den stilistischen Gestaltungsmitteln, sowie ästhetische oder ortsbezogene Fragen zu „White City“ gestellt.

Die Intention und Positionierung des Regisseurs wurden nicht hinterfragt, obgleich er wie oben erwähnt, offensichtlich mit stark antisemitisch konnotierten Aussagen, Bildern und historischen Persönlichkeiten/Kontexten arbeitet. Als Aufgabe angehender Journalist:innen sollte es auch in ihrer Verantwortung liegen, Quellen, Fakten und die Art der Recherche zu hinterfragen und auf

Subkontexte zu überprüfen. Der Film wurde mehrfach legitimiert mit der Aussage, dass sich der Regisseur an Tagebucheinträgen des jüdischen Protagonisten bediente. Jedoch gab der Filmemacher zu, die historischen Dokumente nicht rekonstruktiv in den Film eingearbeitet zu haben, sondern daraus “ein neues Narrativ” entwickelt zu haben, um in seinen Augen einen “blinden Fleck” in der Geschichte Israels aufzuzeigen. Auch offensichtliche antisemitischen Aussagen wie: „Nach der Gründung Israels sind Juden die Täter geworden“, deckten die Interviewenden nicht als solche auf.

Unsere weitere Frage bezüglich der antisemitischen Stereotype in der Darstellung des Hauptprotagonisten und das Ausblenden der Geschichte der arabischen Jüd:innen wurde ignoriert. Mehr noch: Während der Fragestellung wurde die Person mehrmals durch Zwischenrufe aus dem Publikum gestört. Anstatt die Situation zu deeskalieren und sich auf den versprochenen Dialog einzulassen, haben sich die Moderator:innen entschieden auf die Fragen nicht einzugehen. An dem Punkt wurde uns deutlich, dass in der Veranstaltung keine kritischen Nachfragen erwünscht sind. Als Protest, auf den offensichtlichen Versuch hin kritische Stimmen aus der Veranstaltung zu drängen, entschieden wir uns diese zu verlassen, suchten aber noch im Vorraum des Kinos den Dialog mit Menschen, die ebenfalls organisatorisch mitgewirkt hatten. Auch dieser Versuch wurde schließlich dadurch unterbrochen, dass das offene Gespräch durch eine Dozentin der UdK unterbrochen und abgewürgt wurde.

Unsere Forderungen

Dem Angebot von Herrn Gill folgend, haben wir uns weiter mit der Veranstaltungsreihe “Stimmen aus Nahost” auseinandergesetzt. Wir sind erschüttert über das Ausmaß der offen antisemitischen filmischen Darstellung, antiisraelischen Behauptungen des Regisseurs und einer Darstellung der nationalsozialistischen Rassenideologie, die in der Veranstaltung nicht in einen kritischen Kontext eingebettet wurde. Wir halten eine solche Vorführung ohne kritische Kontextualisierung in Zeiten, in denen Jüd:innen und jüdische Institutionen angegriffen werden und in denen eine Partei im Deutschen Parlament offen Schlussstrichrhetorik betreibt, für ein gefährliches, weil Antisemitismus weiter normalisierendes, Vorhaben.

Wir erinnern Sie, dass im Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 23.05.2018 steht: „Organisationen, Vereinen und Personen, die die Existenz Israels als jüdischen Staat delegitimieren oder anderweitig antisemitisch agieren, werden – soweit rechtlich möglich – keine Räumlichkeiten oder Flächen zur Verfügung gestellt. Sie sollen auch keine Zuwendungen oder Zuschüsse des Landes erhalten.“

Unserer Auffassung nach verstoßen sowohl die Universität der Künste als auch die Landeszentrale für politische Bildung gegen den o.g. Beschluss.

Wir fordern die Aufklärung und eine Stellungnahme der Verantwortlichen und die Absage der nächsten Veranstaltung der Reihe “Stimmen aus Nahost” am 07.September 2020.

Wir fordern die Durchsetzung des o.g. Beschlusses und keine weitere Finanzierung antisemitischer Veranstaltungen und Kooperationen seitens der Landeszentrale für politische Bildung Berlin.

Unterzeichner:innen:

Studierende der UdK

JSUD - Jüdische Studierendenunion Deutschland

Keshet Deutschland e.V.

Maria Kireenko, Vorstand des Jungen Forums der Deutsch-Israelischen Gesellschaft e.V.

Ruben Gerczikow, Vizepräsident der European Union of Jewish Students

**Volker Beck, Lehrbeauftragter am Centrum für Religionswissenschaftliche Studien (CERES)
der Ruhr-Universität Bochum**

Anlage 1. Offener Brief jüdischer Studentin

"Sehr geehrter Herr Gill,

Diese Mail bezieht sich auf die Lehrveranstaltungsreihe „Stimmen aus Nahost“, welche am 20. Juli Auftakt bei den Medien und KulturjournalistInnen der Universität der Künste hat und in Kooperation mit der Landeszentrale für Politische Bildung Berlin entstanden ist.

Sie baten uns, nach einem persönlichen Telefonat Ihnen und den MitveranstalterInnen Quellen zu zusenden, die belegen, welche Positionen und Außenwirkung ihre Veranstaltung hat und weshalb wir Ihre eingeladenen Gäste, im universitären Rahmen, als problematisch ansehen.

1. Einleitend der Veranstaltungstext (und Bild siehe Anhang):

"Seit Jahrzehnten sehen sich Kulturschaffende im Nahen Osten mit den Angeboten und Fallstricken der Kooperationen zwischen Palästinenser*innen und Israelis konfrontiert. Wie beeinflussen Besatzung und logistische Einschränkungen kulturellen Austausch und Schaffensprozesse? Gibt es Möglichkeiten zur Kooperation abseits von **Normalisierung der Machtgefälle**?"

Hierbei möchte ich zu Beginn auf die Rhetorik der Veranstaltenden eingehen, die sich klar dem Jargon der Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen bedienen.

Der Begriff der Normalisierung in diesem Zusammenhang zu nutzen, legt keine NEUTRALE Positionierung voraus.

BDS-Debatte: Über Normalisierung und selektiven Boykott:

<http://bds-kampagne.de/2012/04/01/bds-debatte-ueber-normalisierung-und-selektiven-boykott/>

"**Normalisierung** (normalisation) ist die englische Übersetzung des arabischen Wortes tatbi', etwas Anormales als normal erscheinen lassen."

Weitere Zitate:

*-Es ist hilfreich, wenn man die **Normalisierung** als eine "Kolonisierung des Verstandes" begreift.*

*-Jene, die **Normalisierung** betreiben, ignorieren entweder diese Unterdrückung oder akzeptieren sie als Status quo, mit dem man leben kann.*

-...dass der Begriff Normalisierung für Beziehungen gilt, die ein irreführendes und betrügerisches Bild von Normalität, Symmetrie, Gleichstellung vermitteln, wo eine offensichtlich anormale und asymmetrische Beziehung kolonialer Unterdrückung und Apartheid besteht.

Boycott, Divestment and Sanctions/ Wikipedia

"BDS betrachtet die Zusammenarbeit von Israelis und Palästinensern als „**Normalisierung**“ eines vorgeblichen Unterdrückungszustands, die es zu bekämpfen gelte."

"Kenneth L. Marcus, Gründer des Louis D. Brandeis Center for Human Rights under Law, sieht die primäre BDS-Strategie in der Tradition früherer Judenboykotte auf Abwehr jeder **Normalisierung** der Beziehungen zu Israel ausgerichtet, konträr zur Hoffnung früher Zionisten, mit dem jüdischen Staat dem Antisemitismus den Boden zu entziehen.“

2. Eingeladene Personen

In ihrem Veranstaltungstext heißt es auch: „In einer digitalen Diskussionsrunde wollen wir uns kritisch mit diesen und weiteren Fragen auseinandersetzen. Im Fokus stehen Stimmen aus und zu Initiativen, in denen Palästinenser*innen und Israelis auf zwei unterschiedliche Arten zusammenarbeiten. Dazu werden wir mit Adnan Jaber, Mitglied der Kulturinitiative [Tech2Peace](#), und dem Journalisten und Fotografen Ahmad Al-Bazz, Mitglied des Kollektivs [ActiveStills](#), sprechen. Wir stellen uns die Frage, inwieweit eine reale Diskussionsrunde entstehen kann? Und wissen, welche "weiteren Fragen" ganz offensichtlich in dieser Scheindebatte aufkommen werden.

Wenn ausschließlich 2 Palästinenser eingeladen werden, inwieweit wird und kann auf die israelische/jüdische Sichtweise hier eingegangen werden, um die „Fallstricke“ zu beleuchten?

Des Weiteren haben wir uns mit dem eingeladenen Kollektiv ActiveStills auseinandergesetzt und der Person, die diese im Rahmen der UdK repräsentiert.

Ahmad Al-Bazz hat bereits ausgiebige Interviews mit dem BDS Türkei (http://bdsturkiye.org/bds-haberler/activestills-ile-soylesi-bir-gerilla-fotografciligi-gunduz-direnisi-fotografla-gece-sergi-ac/?fbclid=IwAR0cLRrP02-92BIzGr_dcR-1GYdb3C2avBIR59BFYoWATAA7EtYHV6eyqFI) geführt und arbeitet für die Electronic Intifada, die durch antisemitische Ausfälle bereits in Deutschland von der Amadeus Antonio Stiftung im Jahr 2017 nach Kriterien der Arbeitsdefinition von Antisemitismus der [Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit](#) als Verbreitung „antisemitische[r] Propaganda“ genannt wurde. (*Offener Brief Arte Doku ~ Amadeu Antonio Stiftung*. In: amadeu-antonio-stiftung.de. 22. Juli 2017, abgerufen am 7. August 2017.)

In dem oben genannten Interview äußert sich Al-Bazz wie folgt:

"Abgesehen davon ist eine Zusammenarbeit für mich niemals akzeptabel. Zum Beispiel ist keine Zusammenarbeit bei Kunst-, Sport- und sogar Friedensdialogen akzeptabel. Wenn dies zu streng

klings, werde ich die einfache Frage aufwerfen: Können wir den Kolonialisten und den Ausbeuter bitten, zusammenzuarbeiten, während das Apartheid- und Kolonialsystem in Südafrika weitergeht? Absolut, die natürliche Antwort ist nein. Warum? Denn der Dialog und die Zusammenarbeit verschiedener Segmente kam erst nach dem Ende der Entkolonialisierung und der Apartheid zustande. Alles davor diente dazu, die Beziehungen zwischen dem Kolonialisten und den Ausgebeuteten im anhaltenden repressiven System zu "normalisieren".

Nun stellt sich die Frage, wieso eine Person eingeladen wird, über die Frage der Zusammenarbeit zu sprechen, wenn diese prinzipiell abgelehnt wird.

Des Weiteren sagt er: "Ich muss hier sagen, dass es nur sehr wenige "antizionistische israelische Aktivisten" gibt, die ich als meine Partner im palästinensischen Kampf sehe."

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat einen Arbeitsbogen zum Thema antizionistischer Antisemitismus herausgegeben.

Hier wird klar gesagt, dass Antizionismus Israel das Existenzrecht abspricht: **"Bewusst oder unbewusst: eine solche Position läuft auf die Aufhebung einer gesicherten Zufluchtsstätte für die Juden und eine damit verbundene Verfolgung hinaus."**

Wenn Al-Bazz prinzipiell nur eine Zusammenarbeit mit israelischen Menschen zulässt, solange diese antizionistisch, also gegen das Existenzrecht Israels sind, von einem Apartheidsregime redet und nur einseitigen, selektierten Dialog zu lässt, stellt sich die Frage, wieso diese Person bezahlte Redefreiheit an einer staatlichen Universität bekommt.

3. Verantwortung der UdK gegenüber jüdischen StudentInnen

Mit drastischer Zunahme an antisemitischer Gewalt an amerikanischen Universitäten, wirkt diese Veranstaltung besonders bedrohlich auf jüdische Studierende.

Die Veranstaltung suggeriert einen *Dialog zwischen*, der im schlimmsten Fall auf Kosten von jüdischen Studierenden getragen wird „Stimmen aus Nahost“ gibt antizionistischen Antisemiten Raum, dies sollte kritisch hinterfragt werden, ebenso wie das Durchführen eines Schein "Dialoges". Sowohl die UdK, als auch die Landeszentrale für politische Bildung hat den Bildungsauftrag und trägt die Verantwortung Antisemitismus in jeglicher Form NIE WIEDER salonfähig zu machen.

Mit freundlichen Grüßen,

Eine Studentin."

KULTU RELLE KOLLABO RATIONEN IM NAHEN OSTEN

